

geben, wobei ich es auch spannend finde, wenn es von Seiten des Friedensbüros eine aktive politische Positionierung gibt, ich denke hierbei an die Demonstrationen rund um das WEF, wo deutlich wird, wo das Friedensbüro steht.

Der Kranich: Aber die Frage der Einflussmöglichkeiten von Seiten der Politik ist schon auch eine Frage, die deshalb nicht ganz unwesentlich ist, weil es ja durchaus zu Interessenskonflikten kommen kann. Das heißt, wie verhalten wir uns als Subventionsgeber, wenn sich eine Einrichtung gegen politischen Interessen verhält. Könnte das auch dazu führen, hinkünftig diese Organisation finanziell nicht mehr oder nicht mehr so stark zu unterstützen?

Schwaighofer: Natürlich ist es so, dass auch das Friedensbüro die Aufgabe hat, am Prozess, Konflikte zu vermeiden, Konflikten vorzubeugen, laufend zu arbeiten. Wenn man dazu die politische Realität betrachtet, die immer auch unter unterschiedlichen Sachzwängen geschieht, kann es gezwungenermaßen dazu führen, dass das Friedensbüro politische Entscheidungen kritisiert und das befürworte ich auch. Wahrscheinlich ist es auch gut, dass bei konkreten Fällen die Kritik aufeinander prallt. Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist für mich, dass die öffentliche Hand mit dem Verein, den es zu unterstützen gilt, Zielvereinbarungen schließt. Das heißt, es wird geklärt, was eine Einrichtung wie das Friedensbüro als Zielsetzung definiert und darüber muss es dann zu einer Einigung zwischen Institution und Politik kommen. Aufgabe von beiden Partnern, also Subventionsgeber und Subventionsempfänger ist es dann, die Erreichung der gemeinsam definierten Ziele zu überprüfen. Sollte sich dabei herausstellen, dass es Dinge gibt, die weit von der ursprünglichen Zielvereinbarung entfernt sind, dann darf auch die Frage erlaubt sein, ob hinkünftig dieses Angebot noch öffentlich unterstützt werden soll.

Brenner: In diesem Zusammenhang möchte ich noch gerne erwähnen, dass ich es als fatal finden würde, wenn die Politik – egal welcher Couleur – Subventionen als Mittel verwenden würde, um Kritik klein zu halten. Für mich hat Kritik auch eine wichtige Spiegelfunktion, die

ich als Instrument der Reflexion und Erneuerung verstehe. Klar ist für mich, dass die Erhaltung von Frieden einen gesellschaftlichen Wert darstellt, der für die Öffentlichkeit zu sichern ist. Hier haben die verschiedenen Parteien natürlich unterschiedliche Auffassungen, wie dieser Wert definiert wird. Das heißt, es geht für mich auch um die Frage, welchen Zugang eine Institution findet, um diese gesellschaftlichen Werte umzusetzen. Daher wird es immer auch notwendige Kritik geben müssen, auch um einen Reformprozess innerhalb der Gesellschaft zu ermöglichen.

Schmidt: Sie sagen, es geht um Friedenspädagogik und Friedenspolitik. Friedenspädagogische Aufgaben sind mir bekannt und die damit zusammenhängenden Vorhaben werden auch von mir

„Wahrscheinlich ist es auch gut, dass bei konkreten Fällen die Kritik aufeinander prallt.“

unterstützt. Ich habe aber noch nicht genau erfahren, was Sie unter Friedenspolitik verstehen. Gerade im Zusammenhang mit der schon erwähnten Demonstration und anschließenden Verhaftung stellt sich für mich schon die Frage, ob es legitim ist, dass der Leiter des Friedensbüros an derartigen Aktionen als Leiter und nicht als Privatperson teilnimmt. Denn als Leiter einer Einrichtung transportiere ich auch die Inhalte der Institution mit und ich denke, da ist ein vorsichtiger Umgang im öffentlichen Leben nötig.

Schwaighofer: Darf ich hier nachfragen: Wären Sie in diesem konkreten Fall dafür gewesen, dass Herr Graß als Leiter des Friedensbüros nicht an der Demonstration gegen das WEF teilnimmt?

Schmidt: Dazu kann ich nur sagen, für mich ist es sehr schwierig, wenn eine Person, die beruflich für Deeskalation und Gewaltfreiheit eintritt, sich plötzlich in einem Gewaltkessel, wie bei dieser Demonstration wiederfindet und selbst Gewalt ausübt oder damit in dieser Form konfrontiert ist. Das war für mich eine

durchaus schwierige Situation. Den Protestgedanken dabei habe ich durchaus verstanden, aber für mich hat es eben nicht zusammengepasst, wie die Beteiligung an dieser Aktion mit dem friedenspolitischen Auftrag zusammenhängt.

Der Kranich: Ich würde genau diese Frage auch gerne an Sie alle zurückgeben. Die Behandlung von Friedenspädagogik und Friedenspolitik war für uns eine bewusste Entscheidung. Wie bewerten Sie das?

Brenner: In Bezug zu dem, was Frau Schmidt gesagt hat, möchte ich noch ergänzen, dass ich es so sehe, dass jemand, der für Konfliktprävention eintritt und dann beispielsweise verumumt an einer gewalttätigen Demonstration teilnehmen würde, dann wäre das für mich ein klarer Widerspruch. Das heißt, für mich ist die Kernfrage: Was war die Intention des Leiters des Friedensbüros, an dieser Demonstration teilzunehmen, egal ob als Privatperson oder als Person mit einem öffentlichen Auftrag? Gerade aber, weil ich den Eindruck hatte, die Teilnahme an der Kundgebung hatte zum Ziel, deeskalierend zu wirken, kann ich das nur befürworten.

Buchtipps

Pete Hämmerle, Thomas Roithner (Hrsg.)

Dem Rad in die Speichen fallen

Stimmen von FriedensnobelpreisträgerInnen und das Österreichische Netzwerk für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit
Ein Arbeitsbuch



bm:bwk

Peter Hämmerle, Thomas Roithner (Hrsg.)
Dem Rad in die Speichen fallen

Verlag Thomas Roithner, Wien 2003